

Home > Internationales > Drei Jahre Ukrainekrieg - das bittere Versagen der Europäischen Union

Drei Jahre Ukrainekrieg – das bittere Versagen der Europäischen Union

In der Ukraine scheint ein Friedensprozess möglich zu werden. Immer deutlicher wird der Misserfolg der Europäischen Union, die bis heute keinen Friedensplan vorgelegt hat. Ein Gastbeitrag.

Michael Müller, Peter Brandt und Reiner Braun

22.02.2025 | 05:54 Uhr



Olaf Scholz spricht in der deutschen Botschaft mit Medienvertretern während des Ukraine-Gipfels in Paris.

Thibault Camus/AP

Zu den großen Widersprüchen unserer Zeit gehört das Auseinanderfallen zwischen den Herausforderungen der globalen Welt und dem Rückfall in Autokratie und Nationalismus. Mit dem russischen Krieg in der Ukraine hat sich dieser Antagonismus verstärkt, auch weil Geschichte, Ursachen und Zusammenhänge nahezu gar nicht debattiert werden und in den Medien kaum eine Rolle spielen. Im Wahlkampf wurden mit notorischer Enge die globalen Fragen ausgeblendet. Die EU hat sich eingerichtet im Schneckenhaus der Selbstgefälligkeit – als Lager des Lichts gegen die Finsternis. Die zusammengewachsene Welt braucht aber Zusammenarbeit, braucht gemeinsames Handeln, das ist eine Frage von Vernunft und Verantwortung. Das Gegenteil ist der Fall, Abgrenzung und Militarisierung nehmen zu.

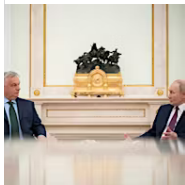
Wir leben in einer Zeit multipler Krisen, die zunehmend einen globalen Charakter haben, weil die Welt zu einer ökonomischen Funktionseinheit geworden ist. Die Pflaster und Flicker, die

in den letzten Jahren die Gesellschaften noch zusammengehalten haben, fliegen uns heute um die Ohren, auch weil Klimakrise, Nord-Süd-Ungleichheit oder neue Weltordnung globale Antworten brauchen. *Politics as usual* funktioniert da nicht mehr. Oder um es mit Erich Kästner zu sagen: Es geht auf keinen Fall so weiter, wenn es so weitergeht.



Mut zur Mündigkeit: Der Kriegskonformismus bedroht unsere Demokratie

Debatte 11.01.2025



Die EU sollte auf Diplomatie und Kooperation statt auf Konfrontation setzen

Berlin 30.07.2024



Herbert Marcuse entwickelte in „Versuch über die Befreiung“ eine kollektive „große Weigerung“, die mit dem Bestehenden brechen und ins „Reich der Freiheit“ führen sollte. Heute findet die „große Weigerung“ statt, aber sie kommt nicht wie bei Marcuse als Befreiung von den Zwängen des Kapitalismus, sondern mit nativistischen Argumenten als Rückfall in eine nationalistische Ideologie mit tiefen kulturellen Ressentiments.



US-Präsident Donald Trump spricht auf der Tagung der Republikanischen Gouverneursvereinigung im National Building Museum.

AP

Trumps Deal: Blackrock hält bereits die Taschen auf

Weil wir das Erstarken des Rechtsextremismus in ganz Europa und auch darüber hinaus mit Sorge sehen, muss das Versagen der westlichen, vor allem der europäischen Welt deutlich

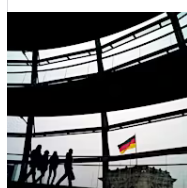
angesprochen werden. Das liberale „Kennedy-Amerika“, das an eine bessere Welt glaubte, ist vorbei, US-Präsident Donald Trump bricht es krachend auf. Er versteht Politik als Deal ökonomischer und nationaler Interessen, so auch für die Beendigung des Ukrainekrieges. Die USA wollen allein mit Russland Friedensverhandlungen führen, um einen Deal zu machen, um von Seltenen Erden, Lithium und landwirtschaftlichen Produkten zu profitieren, die in der Ukraine vorhanden sind. [US-Anleger wie Blackrock stehen bereits mit offenen Taschen bereit.](#)

Natürlich ist der russische Angriffskrieg nicht zu rechtfertigen, aber die Europäer verfallen in Schockstarre, weil es jetzt um den Frieden geht. Sie sind bei den Verhandlungen raus, nicht einmal am Katzentisch. Das zeigt den massiven Bedeutungsverlust der EU. Aber natürlich soll sie finanziell und militärisch die Folgen tragen, Sicherheitsgarantien für die Ukraine und die Kosten für deren Wiederaufbau übernehmen. Da wollen sich die USA heraushalten, Trump will sogar für die bisherige Unterstützung Geld zurückbekommen, während amerikanische Anleger zu „Kriegsgewinnlern“ werden. Die Nato, die unter Ex-Präsident Joe Biden den Ton vorgegeben hat, spielt kaum eine Rolle mehr. Mark Rutte, ihr sonst so lautstarker Generalsekretär, reagiert kleinlaut auf Trumps Vorstöße zur Beendigung des Krieges. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ist irritiert: Ohne die USA könne es doch keine Sicherheit für sein Land geben. Und er fordert den schnellen Aufbau einer „europäischen Armee“. Militarismus ist aber keine politische Antwort.



Die Grünen und der neue deutsche Militarismus

Bundestagswahl 15.02.2025



Eine Wahl, die keine ist: Warum Deutschland echte Alternativen braucht

Ampel-Koalition 03.12.2024



Die USA wollen Geschäfte machen. Trump will der Welt zeigen, dass nur er den Krieg beenden kann. Ein Desaster für die EU, die raus ist. Jetzt rächt sich das Versagen, auch drei Jahre nach Kriegsbeginn noch keinen ernsthaften Friedensplan vorgelegt zu haben. An Vorschlägen für den Frieden in der Ukraine und einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur hat es nicht gefehlt. Dazu gehörten auch die Vorschläge des Globalen Südens, die einfach missachtet wurden. Dagegen überboten sich die von den Medien hofierten „Sicherheitsexperten“ und „Thinktanks“, immer schwerere Waffen für die Ukraine zu fordern. Sogar ein Einsatz der Bundeswehr wurde ins Gespräch gebracht, der

Ruf nach einer Friedenslösung dagegen als Auftragsarbeit für Moskau diffamiert. Die Bereitschaft zum Krieg ist scheinbar noch immer tief verwurzelt.



Fanden beide keine Antwort auf Trump: Nato-Generalsekretär Mark Rutte und Ursula von der Leyen, Kommissionspräsidentin der EU.

Virginia Mayo/AP

Dennoch wäre es zu einfach, allein Trump die Schuld für das europäische Desaster zu geben. Die EU hat die eigene Rolle in der Ukraine schöngeredet. Dabei wäre Diplomatie primär ihre Aufgabe gewesen. Aber das war nicht gewollt, wurde sogar als „Politik von gestern“ abgetan. Tatsächlich ist die EU seit den 1990er-Jahren östlicher, vielfältiger und zerstrittener geworden, sie hat keine Kraft für eine Friedenslösung. Mit ihrem engen Meinungskonformismus, Russland müsse den Krieg verlieren, ist die EU in eine immer stärkere Abhängigkeit von der Nato und den Interessen der USA geraten. Bei Trumps Drohung gegenüber Dänemark, Grönland einzukassieren, haben Ursula von der Leyen und die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas folgerichtig geschwiegen. Genauso wie die EU 2003 zu dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak.

Deutsche Wirtschaft wird zum Kollateralschaden des Krieges

Und Deutschland? Deutschland opfert wichtige Teile seiner Wirtschaft, wird zum Kollateralschaden des Krieges. In Erinnerung bleibt, wie Annalena Baerbock, Außenministerin für „Brandmauern“, eisig auf der Regierungsbank den Kopf schüttelte, als SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich im Bundestag mahnte, auch über ein „Einfrieren“ des Krieges in der Ukraine nachzudenken. Baerbock hat in ihrer grenzenlosen Selbstüberschätzung nicht nur Russland als Feind ausgemacht, sondern auch China. Müssen alle nicht westlichen Länder erst das Modell des angloamerikanischen Liberalismus übernehmen, bis mit ihnen geredet und Handelspolitik betrieben werden darf? Und was war das für ein Bubenstück, als der damalige Präsident Joe Biden verkündete, „wir werden Nord Stream beenden“? Unfassbar, dass die Bundesregierung zu diesem ungeheuren Eingriff in die Autonomie unseres Landes geschwiegen hat. Biden ging es um einen Deal: Die USA wollen teures Flüssiggas verkaufen, das ist ihr Interesse.

Das Gründungsmotto der Grünen hieß „ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei“. Heute wird Anton Hofreiter im Ruf nach Kriegswaffen selbst von Roderich Kiesewetter (CDU) oder Agnes Strack-Zimmermann (FDP) nicht mehr übertönt. Die Grünen sind offenbar nicht gefeit vor Militarisierung. 2003 gab es in der rot-grünen Koalition ein Nein zum angloamerikanischen Angriffskrieg auf den Irak. Damals widersprachen Bundeskanzler Schröder und der grüne Außenminister Joschka Fischer den Kriegsplänen der Koalition der Willigen, zu der auch die Ukraine gehörte.

Heute fordert CDU/CSU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz: „Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen, Russland muss ihn verlieren.“ Was heißt das? Soll die Nato, weil die Ukraine allein zu schwach ist, direkt in den Krieg mit der Atommacht Russland eingreifen? Wo liegt die „rote Linie“? Wer denkt noch an die betroffenen Menschen? Wenn der Krieg weiter eskaliert, bringt er noch mehr Tod, Leid und Zerstörung über die Menschen. Und was folgt dann, Bereitschaft schaffen für einen Krieg gegen China?



Ein Anwohner geht an Gebäuden vorbei, die wenige Tage zuvor durch einen russischen Angriff in der Region Saporischja schwer beschädigt wurden

Genya Savilov/AFP

Die Rechnung wurde ohne Trump gemacht. Kallas warnt die USA bereits vor Appeasement (Beschwichtigung), doch was hat das nach drei Jahren Krieg für eine Bedeutung, zumal der Vergleich zu 1938 schief ist. Die Appeasement-Politik von Neville Chamberlain und Édouard Daladier war der untaugliche Versuch, einen sich anbahnenden Angriff Hitler-Deutschlands auf die Tschechoslowakei zu verhindern. Heute muss der Krieg, der längst zu einem Weltordnungskrieg geworden ist, gestoppt werden.

Wo bleibt die Idee der Friedens- und Entspannungspolitik?

Wo bleibt in Europa, besonders in Deutschland, die Idee des Friedens? Europa, das in den 1970er-Jahren Vorreiter der Friedens- und Entspannungspolitik war; das 1975 in der [KSZE-Schlussakte von Helsinki](#) aufgezeigt hat, wie eine vertrauensbildende Zusammenarbeit zwischen Ost und West aussehen kann; das in den 1990er-Jahren die Chance hatte, zusammen mit Russland das „gemeinsame Haus Europa“ zu bauen.

Das Versagen der EU zeigt sich vor allem darin, selbst bis heute, bis zum dritten Jahrestag des russischen Angriffskriegs, keinen ernsthaften Friedensvorschlag gemacht zu haben. Drei Jahre gab es, manchmal nach heftigem Hin und Her, nur Waffenlieferungen. Auch die Pläne von Brasilien und China, zwei Länder, die durch ihre Zugehörigkeit zu den Brics-Staaten erheblichen Einfluss auf Putin haben, wurden nicht aufgegriffen. Im Gegenteil: Der britische Premier Boris Johnson hat auch in der Ukraine eine unselige Rolle gespielt, als er persönlich dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj abgeraten hat, den am 29. März 2022 in Istanbul mit Russland verhandelten Friedensplan weiterzuverfolgen. Den Menschen in der Ukraine und den Soldaten auf beiden Seiten wären vielleicht drei Jahre Krieg erspart geblieben.



Erdogan hält eine Rede zur Begrüßung der russischen (!) und ukrainischen Delegationen, 2022.
Turkish Presidency/AP

Der Krieg hätte sogar vermieden werden können, wenn die westliche Welt 2008 in Bukarest besser aufgepasst hätte, als selbst gegen den Rat amerikanischer Sicherheitsberater der Ukraine (und Georgien) die Nato-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wurde. Zwar hatten Helmut Kohl und die Außenminister der USA, Frankreichs und Großbritanniens Michail Gorbatschow nach dem Fall der Mauer versprochen, dass es keine Nato-Osterweiterung geben würde. Das wurde zwar nach Druck auf Boris Jelzin schon gebrochen, aber 2008 gab es eindeutige Signale aus Moskau. So warnte der stellvertretende russische Außenminister Grigorij Karasin: „Der Beitritt der Ukraine zur Nato würde eine tiefe Krise in den russisch-ukrainischen (!) Beziehungen auslösen, die die gesamte europäische Sicherheit beeinträchtigen würde. Deshalb muss auch der Westen eine Entscheidung darüber treffen, welche Art von Beziehungen zu Russland in seinem Interesse liegt.“



Eine unbequeme Wahrheit: Wie Deutschland die USA zur Nato-Osterweiterung provozierte

Debatte 23.12.2024





Jeffrey Sachs: „Baerbock war im Grunde Kriegsministerin, keine Diplomatin“

Politik 03.02.2025



Dabei ging es der russischen Führung nicht nur um die „Ukraine in der Nato“, sondern mehr noch um die „Nato in der Ukraine“. Russland wollte verhindern, dass direkt vor der eigenen Türschwelle Strukturen der Nato geschaffen werden. Doch die USA wollten die Destabilisierung Russlands, insbesondere nach den Demonstrationen 2013/14 auf dem Maidan von Kiew. Nach der Annexion der Krim wurde Russland aus den G8 ausgeschlossen. Der damalige US-Präsident Barack Obama begann mit Waffenlieferungen. Die Medien in Europa schwenkten auf einen russlandfeindlichen Kurs um, in der Politik war das nicht anders. In Russland selbst kam es zur Verschärfung der Repression gegen politische Gegner und zu einem Neonationalismus von den Medien bis zur Änderung der Verfassung. Europa entwickelte sich auseinander.



Menschen während der Proteste auf dem Maidan, 2013

Alexey Furman/dpa

Eine starke Friedensbewegung wurde verspielt

Der Blick zurück macht klar, was in den letzten Jahrzehnten verspielt wurde. Ende der 1980er-Jahre gab es viele Zeichen der Hoffnung, die mehr Verständigung und Kooperation versprochen. Dazu gehörten die ausgestreckte Hand Michail Gorbatschows, der gewaltlose Fall der Mauer in Berlin, die Angliederung Ostdeutschlands an die militärisch westintegrierte Bundesrepublik sowie das Ende der in Ost und West geteilten Welt und des Kalten Krieges. In wichtigen Feldern gab es eine gute Zusammenarbeit mit Russland. Und national gab es eine starke Friedensbewegung.



OS Alt geworden, isoliert, empathielos – woran scheitert die Friedensbewegung?

Von Hans-Joachim Olczyk

Politik 01.09.2024



Die großen Möglichkeiten wurden nicht genutzt. Das zeigt der Umgang mit den Empfehlungen der drei unabhängigen UN-Kommissionen, die wegweisend für eine „Weltpolitik“ auf unserer „überbevölkerten, ungleichen, verschmutzten und störanfälligen Welt“ waren. Als erste legte 1980 die Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt Empfehlungen für ein gemeinsames Überleben vor. 1982 zeigte Olof Palme auf, dass im Atomzeitalter nur eine gemeinsame Sicherheit das Überleben sichern kann. 1985 schlug die Kommission Umwelt und Entwicklung von Gro Harlem Brundtland die Leitidee der Nachhaltigkeit für eine gemeinsame Zukunft vor. Die drei Reports wurden als Einheit verstanden, die im Prinzip der Gemeinsamkeit verbunden waren. 1990 fing die „neue Welt“ hoffnungsvoll an. Die „Charta von Paris für ein neues Europa“ griff die Grundzüge der Reports für ein starkes, gemeinsames und sicheres Europa auf. Doch sie blieben Papier. Zwei Jahre später gab der UN-Erdgipfel von Rio de Janeiro mutige Signale für eine solche Weltfriedenspolitik. Doch nur wenig passierte, die Hoffnungen verflogen schnell wieder. Mit dem Ukrainekrieg ist nun noch einmal alles anders.

Die Welt formiert sich neu. Aus dem Ukrainekrieg ist ein Weltordnungskrieg geworden. China verändert mit den „Neuen Seidenstraßen“ die Infrastruktur der Welt. Afrika wird zum bevölkerungsreichsten Kontinent der Erde. Der Globale Süden zeigt neues Selbstbewusstsein. Notwendig ist die Selbstbehauptung Europas – und zwar Gesamteuropas. Unser Kontinent braucht eine eigenständige Politik, eine eigenständige Identität, eine eigenständige Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik. Und die Zusammenarbeit auch mit Russland. Das erfordert ein Zurück zu der konkreten Vision der *Gemeinsamen Sicherheit*. Nur dann kann Europa eine gestaltende Rolle in der Weltpolitik einnehmen. Nur dann kann es eine friedliche Welt geben.

Autoren:

Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde, ehem. Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium

Prof. Dr. Peter Brandt, Historiker, Vertreter der Initiative Neue Entspannungspolitik jetzt!

Reiner Braun, ehem. Co-Präsident des Internationalen Friedensbüros

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.